

Pressemitteilung 27/2024

Halle (Saale), den 26. September 2024

Dienstleistungen stützen ostdeutsche Wirtschaft

Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024 und von aktuellen Halbjahresdaten für die Länder

Im Jahr 2024 dürfte die ostdeutsche Wirtschaft um 0,2% wachsen, während sie in Deutschland insgesamt um 0,1% zurückgeht. Für das Jahr 2025 rechnet das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für Ostdeutschland mit einem Zuwachs von 0,7%, für 2026 mit 1,2%. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote dürfte laut IWH-Prognose in den Jahren 2024 und 2025 bei jeweils 7,5% und im Jahr 2026 bei 7,2% liegen.

Sperrfrist:

26. September 2024, 11:30 Uhr

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker

Tel +49 345 7753 720 und -765

presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner

Oliver Holtemöller

oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter

Arbeitsmarkt, Demographie, Dienstleistungssektor, Konjunktur, Konvergenz, Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich, Produktivität, Prognose, Strukturwandel, Verarbeitendes Gewerbe

Aktueller Bezug

halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für

Wirtschaftsforschung Halle e. V. (IWH)

Tel +49 345 7753 60

Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8

D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61

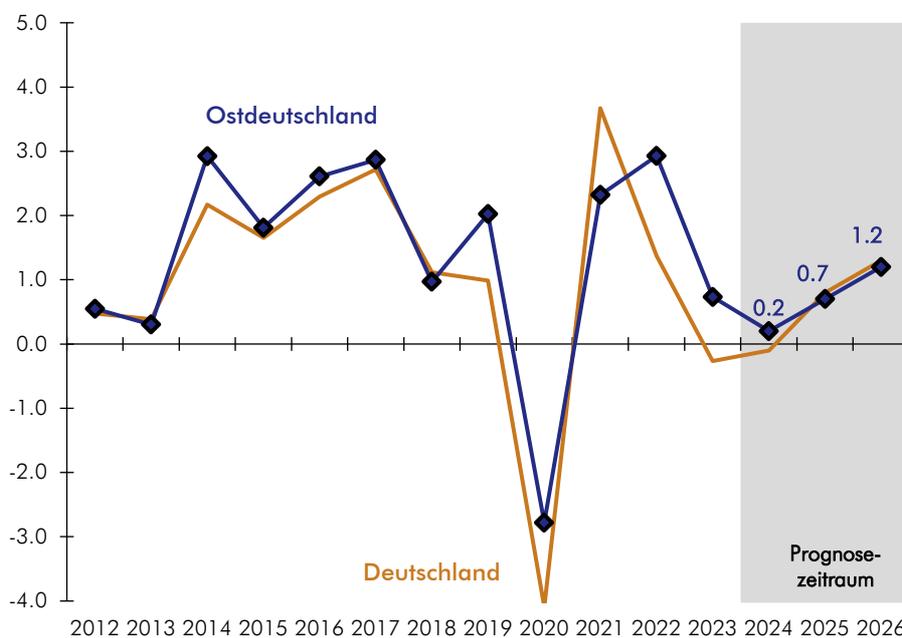
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung 1

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

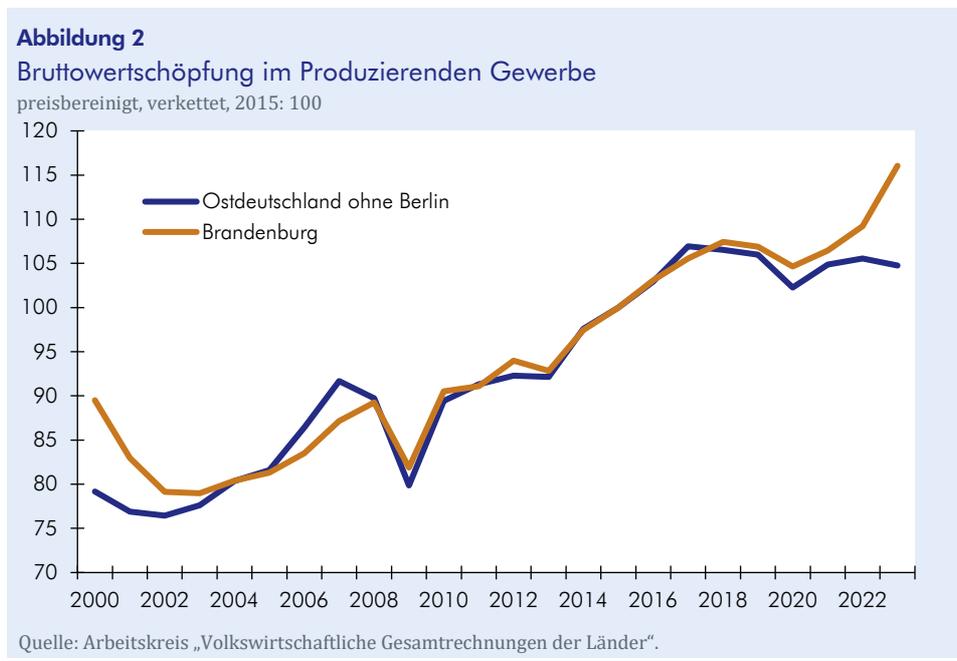


Quellen: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und ab 2024 Prognose der Institute.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Herbstgutachten](#), dass sich die deutsche Wirtschaft in einer ausgeprägten Schwächephase befindet, die neben konjunkturellen vor allem auch strukturelle Ursachen hat. Das gilt ebenso

für Ostdeutschland, wenngleich der Abschwung hier in diesem Jahr etwas milder ausfallen dürfte. Denn das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, welches von der schwachen Konjunktur besonders betroffen ist, hat in Ostdeutschland eine geringere Bedeutung als im Westen. Besonders trifft dies für die dienstleistungsorientierte Wirtschaft Berlins zu. Dort ist die Produktion nach Angaben des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im ersten Halbjahr 2024 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,2% gestiegen, während sie in Deutschland insgesamt leicht sank. Dank des großen Gewichts Berlins hat die Wirtschaft Ostdeutschlands im ersten Halbjahr wohl in etwa stagniert. Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2024 um 0,2% zulegen, während die Produktion in Deutschland insgesamt um 0,1% sinkt (vgl. Abbildung 1).

In den vergangenen Jahren hat Ostdeutschland auch von einigen Großprojekten wie der Inbetriebnahme des Tesla-Werks in Grünheide profitiert. Ob sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzt, ist aber fraglich. Intel hat den Baubeginn für seine Halbleiterfabrik in Magdeburg erst einmal gestoppt. Durch diese Entscheidung werden die konjunkturellen Aussichten für die nächsten zwei Jahre allerdings nur wenig eingetrübt. Denn die Produktion sollte erst im Jahr 2027 oder 2028 aufgenommen werden, und der Fabrikbau hat nur geringe gesamtwirtschaftliche Effekte. Darauf lässt ein Blick auf die Spuren schließen, welche die Errichtung der Tesla-Fabrik in Grünheide in den Wertschöpfungszahlen Brandenburgs hinterlassen hat. Die Anlage wurde innerhalb von etwa zwei Jahren ab dem Frühjahr 2020 errichtet, ab dem Frühjahr 2022 ging sie in Betrieb. Auf Teslas Autoproduktion ist es wohl im Wesentlichen zurückzuführen, dass die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe in Brandenburg im Jahr 2023 um 8½% über der im Jahr 2019 lag, während sie in Ostdeutschland ohne Berlin insgesamt um reichlich 1% niedriger war. Dagegen hat in der Zeit des Fabrikbaus, also etwa in den Jahren 2020 und 2021, die Bruttowertschöpfung in Brandenburg kaum stärker expandiert als in Ostdeutschland insgesamt (vgl. Abbildung 2).



„Was die ostdeutsche Wirtschaft immer mehr bremst, ist der negative demographische Trend“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vize-

präsident am IWH. So geht die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Ostdeutschland seit Februar leicht zurück, während sie im Westen weiter steigt. Auch deshalb dürfte die Expansion des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland in den nächsten beiden Jahren mit 0,7% und dann 1,2% wohl knapp unter der in Deutschland insgesamt liegen. Die ostdeutsche Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit liegt in den Jahren 2024 und 2025 bei jeweils 7,5% und im Jahr 2026 bei 7,2%.

Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2024:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: [Deutsche Wirtschaft im Umbruch – Konjunktur und Wachstum schwach](#). Berlin, September 2024.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720 und -765
presse@iwh-halle.de



Das IWH auf [X \(Twitter\)](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.